

ohne auf ihre Unvereinbarkeit mit seinen eigenen Untersuchungsergebnissen einzugehen (S. 4). Dagegen ist der Rückgriff auf Max Weber und Jürgen Habermas, mit dessen Hilfe W. die Ergebnisse seiner Forschungen auswertet, als durchaus geglückt anzuerkennen (S. 231 f.).

W. hat eine Fülle von teils neuen, teils unser bisheriges Wissen vertiefenden Erkenntnissen vorgelegt. Die Arbeit ist insgesamt klar und schlüssig gegliedert; die Sprache ist durchweg prägnant, stilistisch einwandfrei und von hoher Aussagekraft.

Greifswald

Werner Buchholz

Arno Herzig: Reformatorische Bewegungen und Konfessionalisierung. Die habsburgische Rekatholisierungspolitik in der Grafschaft Glatz. (Hamburger Veröff. zur Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 1.) Dölling und Galitz Verlag. Hamburg 1996. XVII, 251 S., 16 Abb., DM 48,—.

Die Grafschaft Glatz, jenes „absonderlich Ländchen“ (S. 11), das jahrhundertlang seine Identität zwischen Schlesien und Böhmen zu wahren verstand und erst 1815 endgültig in die preußische Provinz Schlesien eingegliedert worden ist, hat in der Geschichtsforschung außer bei Regionalhistorikern bisher kaum Beachtung gefunden, stand sie doch stets im Schatten der „Haupt- und Staatsaktionen“. Dabei könnte sie doch gerade wegen ihrer Abgeschlossenheit und Überschaubarkeit, aber auch wegen der sich hier kreuzenden und überschneidenden Einflüsse der größeren Nachbarn und unterschiedlicher Machtinteressen in mancher Hinsicht als Fallbeispiel dienen für die Entwicklung historischer Prozesse und Strukturen im östlichen Mitteleuropa. Nicht zuletzt dies deutlich gemacht zu haben, dürfte dem Autor des hier anzuzeigenden Bandes, dem Hamburger Neuzeithistoriker Arno Herzig, gelungen sein mit dieser Pilotstudie im Rahmen eines durch die VW-Stiftung geförderten Forschungsprojektes zum Thema der Rekatholisierungspolitik Habsburgs (am Beispiel Schlesien und der Grafschaft Glatz).

Ausgehend von der Beobachtung, daß außerhalb der Kirchengeschichtsschreibung im engeren Sinn, die freilich lange Zeit von konfessioneller Einseitigkeit geprägt war, der konkrete Verlauf des Rekatholisierungsprozesses mit seinen politischen und mentalitätsgeschichtlichen Implikationen in der allgemeinen Geschichtsforschung erst seit kurzem gesteigertes Interesse gefunden hat, möchte H. diese „Grundkonstante habsburgischer Politik und ihres frühabsolutistischen Systems“ (S. 9) exemplarisch analysieren und historisch erklären. Dazu hätte es freilich nicht ausgereicht, die einzelnen Phasen von den ersten, eher als defensiv einzustufenden gegenreformatorischen Bestrebungen um die Mitte des 16. Jhs. durch die Wittelsbacher als Pfandherren der Grafschaft über die Einführung der Jesuiten gegen das Jahrhundertende unter Kaiser Rudolf II., die mit staatlichen Machtmitteln durchgeführte Zwangsrückführung der Bevölkerung zum alten Glauben seit 1622 bis zur inneren Annahme des von Adel und Jesuiten geprägten Barockkatholizismus spätestens nach der Pest von 1680 nachzuzeichnen. Der Vf. ergänzt diese vielmehr durch eine ausführliche Darstellung der verschiedenen reformatorischen Bewegungen, die hier Bedeutung erlangt haben (Lutheraner, Schwenckfelder, Täufer), und bettet sie ein in eine komplexe Untersuchung der politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen. Letztlich wird damit die Bedeutung von Rekatholisierung und Sozialdisziplinierung als Faktoren staatlicher Verdichtung für den habsburgischen Absolutismus deutlich.

H. hat für seine Darstellung bewußt eine narrative Form gewählt; er hält sich eng an die sorgfältig ausgewerteten Quellen (vor allem in Breslauer, Prager und Glatzer Archiven) und zitiert diese ausführlich. Ob er mit der gewiß nicht immer einfachen Aktensprache der Frühen Neuzeit tatsächlich Rezipienten „über den engeren Kreis der Historiker/innen“ (S. 12) hinaus wird erreichen können, mag dahingestellt bleiben. Der Verzicht

auf komprimierte Analysen (z. B. in tabellarischer Form) zu Besitzverhältnissen, Verwaltungsstrukturen, Wirtschaftsentwicklung usw., die auch ein leichteres Nachschlagen erlaubt hätten, wird mitunter mit Wiederholungen erkaufte. Sicher wird so mancher Leser, der mit den geographischen Verhältnissen nicht so gut vertraut ist, eine Karte schmerzlich vermissen, zumal ihm das Ortsverzeichnis (S. 232–237) nicht in jedem Fall eine Hilfe ist, da hier neben den offiziellen Namenformen (mit polnischer oder tschechischer Konkordanz) nicht wenige Nachweise aus den Quellen ohne die notwendige Identifizierung aufgenommen sind. Diese Mängel schmälern freilich nicht entscheidend die Bedeutung dieser Arbeit mit ihrer Darstellung einer Epoche, die das Bild dieser Landschaft in manchen Teilen bis heute geprägt hat.

Marburg/Lahn

Winfried Irgang

Silvia Mazura: Die preußische und österreichische Kriegspropaganda im Ersten und Zweiten Schlesischen Krieg. (Historische Forschungen, Bd. 58.) Verlag Duncker & Humblot. Berlin 1996. 300 S., DM 128,—.

Mit der Behandlung der preußischen und österreichischen Kriegspropaganda während des Ersten und Zweiten Schlesischen Krieges berührt die Vf. in einen bisher von der Forschung kaum betrachteten Bereich der Auseinandersetzung Friedrichs des Großen mit Maria Theresia. Während sie die ungedruckten Quellen im Wiener Haus-, Hof- und Staatsarchiv umfassend heranzieht, beleuchtet sie die preußische Position ausschließlich aus gedruckten Quellen wie den von Reinhold Koser bearbeiteten Staatsschriften aus der Regierungszeit Friedrichs II. und den von Johann Gustav Droysen herausgegebenen Kriegsberichten des Königs. Wichtig wäre die Auswertung der preußischen Gesandtschaftsberichte (Rep. 81) und der Akten des Geheimen Zivilkabinetts (Rep. 96) im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin gewesen, die Hinweise über die friderizianische Kriegspropaganda enthalten. Positiv sind dagegen die Berücksichtigung der umfangreichen Fachliteratur und die übersichtliche Gliederung des Stoffes zu bewerten. Ausgehend von der Charakterisierung der offiziellen und inoffiziellen Propaganda in Form amtlicher Patente, militärischer Relationen und diplomatischer Schriftstücke, wird dargelegt, daß Planung, Abfassung und Verbreitung derartiger Schriften stets auf Befehl oder in Abstimmung mit der obersten Staatsleitung erfolgt sind.

Im Staatssekretär Johann Christoph von Bartenstein (1689–1767) sieht die Autorin „den vermutlich wichtigsten Verfasser von österreichischen Staatsschriften während der Schlesischen Kriege“. In der grundlegenden Bewertung der Propagandaschriften erkennt sie eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der preußischen und der österreichischen Seite. Ein Schwerpunkt ist das Aufzeigen der inhaltlichen Gemeinsamkeiten in der Form von Topoi wie der Zielsetzung der eigenen Politik auf das Gleichgewicht und den Frieden Europas, die Reichsverfassung und die Abwehr des Despotismus. Beide Seiten orientierten sich an politisch-moralischen Normen, die sie bei sich anerkannten und dem Gegner absprachen. Daß der Begriff „Patriotismus“ nicht nur politisch oder verfassungsrechtlich, sondern auch im Hinblick auf ethnische Zugehörigkeiten wie preußischerseits auf die „brutalen Barbarenvölker“ Österreichs angewendet wurde, darf nicht überbewertet werden, war doch das 18. Jh. vom Nationalismus moderner Prägung, der die eigene Nation über die anderen stellte, noch frei. Man benutzte diesen Topos nur als Mittel der Propaganda wie Friedrich der Große gegen die russischen Kosaken im Siebenjährigen Krieg, was sich nach dem Abschluß des Bündnisses mit Peter III. ins positive Gegenteil verkehrte.

Am Beispiel des Ausbruchs des Ersten Schlesischen Krieges arbeitet die Vf. in die Argumentationslinien klar heraus. Während sich Friedrich anfangs auf die Bewahrung seiner alten Besitzrechte in Schlesien berief und den Einmarsch in diese Provinz als po-